



---

## Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

48. Sitzung (nicht öffentlich)

24. November 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

12.45 Uhr bis 14.15 Uhr

Vorsitz: Hannelore Brüning (CDU)

Stenographin: Simona Roeßgen

### Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

**1 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)**

Gesetzesentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/4200

Vorlagen 12/2829, 12/2830 und 12/3108

abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

1

Die von der Fraktion der CDU gestellten **Änderungsanträge 1, 2, 4, 5, 7, 9** zum Einzelplan 08 werden mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**. - Die von den Fraktionen der SPD und GRÜNEN gestellten **Änderungsanträge 3, 6 und 10** zum Einzelplan 08 werden einstimmig **angenommen**. - Die von den Fraktionen der SPD und GRÜNEN gestellten **Änderungsanträge 8 und 11** zum Einzelplan 08 werden mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen**.

In der **Gesamtabstimmung** wird der **Gesetzentwurf** der Landesregierung mit den zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen**.

**2 Stand der Genehmigung der Ziel-2-Gebiete ab dem Jahr 2000**

Bericht der Landesregierung

6

Dem Bericht von StS Hennerkes (MWMTV) folgt eine kurze Diskussion.

**3 Anschlußregelung für den auslaufenden Vertrag der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)**

Bericht der Landesregierung

7

Dem Bericht von StS Hennerkes (MWMTV) schließt sich eine Diskussion an.

**4 Umorganisation des Materialprüfungsamtes NRW und Zukunft des Hagerer Eichamtes**

Bericht der Landesregierung

10

Auf den Bericht von StS Hennerkes (MWMTV) folgt eine Diskussion.

**5 Auswirkungen der Ökosteuer auf die Ausbildungszentren des Handwerks in Nordrhein-Westfalen**

Bericht der Landesregierung

13

Dem Bericht von StS Hennerkes (MWMTV) schließt sich eine kurze Diskussion an.

**6 Wirtschaftliche Aktivitäten der Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH (WBO)**

Bericht der Landesregierung

13

Dem Bericht von StS Hennerkes (MWMTV) folgt eine kurze Diskussion.

\*\*\*\*\*



### Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung richtet **Christian Weisbrich (CDU)** an StS Hennerkes (MWM-TV) die Bitte, Minister Peer Steinbrück (MWM-TV) an zugesagte schriftliche Antworten zu drei Bereichen zu erinnern: erstens Aufstellung über an das Centro Oberhausen geflossene EU-Gelder, zweitens Gegenstand der Osteuropaförderung und drittens die Fördermodalitäten im Zusammenhang mit Avantis in Aachen. - **StS Hennerkes (MWM-TV)** sagt zu, diese Bitte weiterzuleiten.

#### 1 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/4200

Vorlagen 12/2829, 12/2830 und 12/3108

abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Auf Wunsch von Andrea Landsberg (GRÜNE) bittet **Vorsitzende Hannelore Brüning** StS Hennerkes, vor Beratung und Abstimmung der Änderungsanträge zum Einzelplan 08 über die Finanzierung der überbetrieblichen Unterweisung im Handwerk zu berichten. Bei der Handwerkskammer Köln bestünde die Sorge, daß die Handwerksunternehmen nicht in ausreichender Höhe von den für sie entstehenden Kosten entlastet würden.

**StS Hennerkes (MWM-TV)** berichtet:

Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich will ganz kurz einen historischen Rückblick geben und daran erinnern, daß das Land Nordrhein-Westfalen seit 1974 überbetriebliche Lehrgänge in Berufsbildungsstätten des Handwerks fördert. Anfang der 70er Jahre war die Zahl der Ausbildungsplätze rückläufig. Deshalb hat das Land zusammen mit dem Handwerk überbetriebliche Unterweisung als neue Infrastruktur zur Qualifizierung von jungen Menschen ausgebaut. In den letzten 25 Jahren ist diese Unterweisung weiterentwickelt worden und hat im wesentlichen vier Funktionen erfüllt: erstens die Vermittlung von Ausbildungsqualität auf einem ziemlich hohen und aktuellen Niveau, zweitens Sicherung und Ausbau von Ausbildungsplätzen, drittens Sicherung von Ausbildung insbesondere in strukturschwachen Regionen des Landes und viertens Hilfe für Jugendliche mit besonders schlechten Startchancen in der Arbeitswelt. Insbesondere das Handwerk hat diese Aufgaben geschultert.

Heute gibt es insgesamt 15.000 überbetriebliche Werkstattplätze im Handwerk; das sind über 80 % aller überbetrieblichen Werkstattplätze in unserem Land. Hinzu

kommen 4000 Unterrichts- und 750 Internatsplätze. Damit hat man in den letzten 25 Jahren große Wirkung erzielt. Das Land hat dafür von 1974 bis 1999 Investitionshilfen in Höhe von 172 Millionen DM geleistet. Die Landesregierung beabsichtigt, diese Förderung fortzusetzen, insbesondere um die Werkstätten auf einen aktuellen technischen Stand zu bringen.

Für die überbetriebliche Unterweisung, d.h. die Unterrichtung nach staatlich anerkannten Lehrplänen, wurden in den letzten 25 Jahren Mittel in Höhe von gut 320 Millionen DM zur Verfügung gestellt. In diesem Jahr waren es 16 Millionen DM. Erreicht wurden damit jährlich 108.000 Jugendliche in 359 Lehrgängen.

Ein Problem ist die hohe Eigenbeteiligung des Handwerks, das ungefähr 70 % der Gesamtkosten der überbetrieblichen Unterweisung trägt. Zu klären ist, wie man die ökonomischen Lasten besser verteilen kann. Angestrebt wird eine Dreiteilung: Ein Drittel zahlt das Handwerk, ein Drittel das Land und ein Drittel der Bund. Bisher ist Bayern das einzige Bundesland, das so verfährt. Mit dieser Kostenverteilung würde das Handwerk entlastet.

Für eine solche Lösung ist zunächst eine Gesamtkostenerfassung notwendig, was jedoch ausgesprochen schwierig ist. Außerdem muß der Beitrag seitens des Landes erhöht werden. Wir haben das bereits getan: Für das Jahr 2000 wird für die Auszubildenden in der Fachstufe - zweites bis viertes Ausbildungsjahr - der Landeszuschuß um 5 % auf 15 % erhöht; für die Jugendlichen in der Grundstufe - das ist das erste Ausbildungsjahr - soll der Zuschuß um 4 % auf 20 % erhöht werden. Langfristiges Ziel auch der Landesregierung ist die vorhin erwähnte Dreiteilung, die mit der Bundesregierung abgestimmt werden muß.

Konsequenz für das Land ist, seinen Beitrag schrittweise zu erhöhen. Als "Gegenleistung" des Handwerks für diese Anstrengung des Landes erwartet man weitere Aktivitäten für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen.

Auf die Frage von **Rüdiger Sagel (GRÜNE)** nach der Herkunft der vom Land zugesagten 2,7 Millionen DM verweist **StS Hennerkes (MWMTV)** auf die Absicht des Landes, dafür Mittel aus dem Ziel-3-Ansatz zu verwenden.

Als deutliches Zeichen für Ausbildung erhöhe Nordrhein-Westfalen - wie auch Bayern und Schleswig-Holstein - seinen Zuschuß, da sich der Bund aus der ursprünglich angestrebten Dreiteilung zurückziehe, entgegnet **Rüdiger Sagel (GRÜNE)**. Ihn interessiere die genaue Höhe dieses Zuschusses.

**LMR Kämpgen (MWMTV)** erklärt, man plane in der Titelgruppe 60 eine Erhöhung von 2,7 Millionen DM ein. Der gesamte Mittelbedarf für überbetriebliche Ausbildung falle aufgrund der verkürzten Dauer vieler Lehrgänge geringer aus als in Vorjahren.

Um zukunftsorientierte Ausbildung im Handwerk sicherzustellen, bedürfe man auch weiterhin der überbetrieblichen Unterweisung, konstatiert **Rüdiger Sagel (GRÜNE)**. Aus diesem Grunde müsse die Höhe des Zuschusses gehalten werden.

**LMR Kämpgen (MWMTV)** verweist auf die für das Haushaltsjahr 2000 geplante Zuschußerhöhung seitens des Landes. Um den angestrebten Landesanteil von einem Drittel zu erreichen, greife man verstärkt auf ESF-Mittel zurück.

Den Haushaltsunterlagen könne man lediglich eine Kürzung des Zuschusses entnehmen, nicht aber die offensichtlich vorgesehene Erhöhung, merkt **Christian Weisbrich (CDU)** an. Entsprechend habe auch das Handwerk reagiert.

Er wisse um die massiven Probleme der Handwerkskammer Köln, so **LMR Kämpgen (MWMTV)**, und habe ihr von der beabsichtigten Zuschußerhöhung berichtet. Das Mißverständnis sei aufgrund der gesunkenen Kosten für überbetriebliche Unterweisung entstanden, die auf verkürzte Lehrgänge vor allem im Baubereich zurückgeführt werden müßten. Die Förderquote habe man jedoch erhöht.

**Rüdiger Sagel (GRÜNE)** fragt nach, ob mit der vorgesehenen Förderung die Zahl der Auszubildenden gehalten werden könne. - Da jeder Auszubildende im Handwerk Anspruch auf überbetriebliche Unterweisung habe, richteten sich die Mittel für überbetriebliche Unterweisung immer nach dem konkreten Ausbildungsbedarf des Handwerks, gibt **LMR Kämpgen (MWMTV)** zur Antwort.

**Vorsitzende Hannelore Brüning** schlägt vor, über die Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 08 entsprechend der Reihenfolge der Tischvorlage abzustimmen. - Der **Ausschuß** ist einverstanden.

*(Die vorgelegten Änderungsanträge - fünf von den Fraktionen der SPD und GRÜNEN, sechs von der Fraktion der CDU - sind mit der jeweiligen Begründung und dem jeweiligen Abstimmungsergebnis in der Anlage zu Vorlage 12/3214 enthalten.)*

**Christian Weisbrich (CDU)** merkt zu **Antrag 1** seiner Fraktion an, mit diesem Titel ein deutliches Zeichen für die Existenzgründung und die Förderung des Mittelstandes in diesem Lande setzen zu wollen.

Der von der Fraktion der CDU gestellte **Antrag 1** zum Einzelplan 08 wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Bei der derzeitigen Haushaltslage könne es nicht angehen, den NRW-Wirtschaftspreis "Milestones" im Rahmen einer Abendveranstaltung mit kulturellem Begleitprogramm zu übergeben, erklärt **Christian Weisbrich (CDU) Antrag 2** seiner Fraktion.

Der von der Fraktion der CDU gestellte **Antrag 2** zum Einzelplan 08 wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Der von den Fraktionen der SPD und GRÜNEN gestellte **Antrag 3** zum Einzelplan 08 wird einstimmig **angenommen**.

Der von der Fraktion der CDU gestellte **Antrag 4** zum Einzelplan 08 wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Der von der Fraktion der CDU gestellte **Antrag 5** zum Einzelplan 08 wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Der von den Fraktionen der SPD und GRÜNEN gestellte **Antrag 6** zum Einzelplan 08 wird einstimmig **angenommen**.

Zu **Antrag 7** der Fraktion der CDU: Nach Meinung von **Christian Weisbrich (CDU)** ist der Ansatz der Mittelstands-Offensive NRW falsch. Er erklärt, es handle sich lediglich um eine PR-Maßnahme der Landesregierung. Wirtschaftsminister Peer Steinbrück habe behauptet, durch "Logos", "GO!" und spezielle Motive werde eine neue Kultur der Selbständigkeit geschaffen. Seine Fraktion, so Christian Weisbrich weiter, unterstütze das Entstehen mittelständischer Betriebe, lehne es jedoch ab, PR-Maßnahmen der Landesregierung zu finanzieren. In diesem speziellen Fall solle das Geld für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Ausbildung verwendet werden.

Mit der Mittelstands-Offensive NRW solle versucht werden, auf die Mittelständler zuzugehen, entgegnet **Werner Bischoff (SPD)**. Diese Offensive verspreche genausoviel Erfolg wie "GO!", die Meistergründungsprämie und andere Initiativen des Landes.

Der von der Fraktion der CDU gestellte **Antrag 7** zum Einzelplan 08 wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

**Christian Weisbrich (CDU)** möchte zu **Antrag 8** wissen, was mit dem "Aufbau eines Netzwerks für nachhaltige Entwicklung in der Region Heinsberg" beabsichtigt sei.

**Rüdiger Sagel (GRÜNE)** nimmt Bezug auf die abgedruckte Begründung des Antrags und fügt hinzu, angestrebt werde die Verbindung von Umwelt und Arbeit.

StS **Hennerkes (MWMTV)** fügt hinzu, es handle sich um Ansätze unter dem Stichwort "Agenda 21" oder "nachhaltige Regionalentwicklung". Am Beispiel der Region Heinsberg

sollten Zusammenhänge zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten erarbeitet werden.

**Hubert Schulte (Menden) (CDU)** bittet um genauere Auskunft über die Aufgaben dieses Netzwerks. - **StS Hennerkes (MWMTV)** entgegnet, gerade diese sollten von dem Netzwerk erarbeitet werden.

Auf die Frage von **Christian Weisbrich (CDU)** nach den Akteuren des Netzwerks antwortet **StS Hennerkes (MWMTV)**, er wisse lediglich von Mitgliedern des Vereins Forum der Arbeit und des Arbeitskreises "Frau und Arbeit der Region".

Der von den Fraktionen der SPD und GRÜNEN gestellte **Antrag 8** zum Einzelplan 08 wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen**.

Seine Fraktion wolle mit **Antrag 9** den ersten Schritt tun, die angestrebte Drittellösung zu verwirklichen, merkt **Christian Weisbrich (CDU)** an; denn das Handwerk müsse derzeit angesichts des Rückzugs des Landes aus der Finanzierung einen großen Teil der enormen Kosten der 15.000 Werkstattplätze selbst tragen.

**StS Hennerkes (MWMTV)** stellt richtig, die Drittellösung werde nach wie vor angestrebt und die Mittel für das nächste Jahr würden erhöht.

Auf die Frage von **Christian Weisbrich (CDU)** nach der Herkunft dieser Mittel gibt **LMR Kämpgen (MWMTV)** zur Antwort, es handle sich um normale Haushaltsmittel. Erst für das kommende Jahr plane man Ziel-3-Mittel ein. Damit lasse sich die Förderung schneller erhöhen, als ursprünglich geplant. Den Haushaltsunterlagen könne man das noch nicht entnehmen.

Der von der Fraktion der CDU gestellte **Antrag 9** zum Einzelplan 08 wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Der von den Fraktionen der SPD und GRÜNEN gestellte **Antrag 10** zum Einzelplan 08 wird einstimmig **angenommen**.

Zu **Antrag 11** bittet **Christian Weisbrich (CDU)** um Erläuterung. - **LMR Kämpgen (MWMTV)** erklärt, dieser Titel diene der gesamten Palette der Frauenförderung im Handwerk. Das betreffe sowohl Mädchen in Schulen als auch Frauen mit bereits abgeschlossener handwerklicher Ausbildung, Frauen ohne Beruf und mitarbeitende Ehefrauen.

Sie nehme an, so **Helga Gießelmann (SPD)**, aus diesem Topf würden auch Berater/innen bei Handwerkskammern finanziert, die Frauen und Unternehmen zu Frauenfördermaßnahmen berieten. - **LMR Kämpgen (MWMTV)** bestätigt das und ergänzt, neben den sieben Handwerkskammern beteiligten sich auch zwei Industrie- und Handelskammern an dem Beratungsnetz.

Der von den Fraktionen der SPD und GRÜNEN gestellte **Antrag 10** zum Einzelplan 08 wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen**.

**Vorsitzende Hannelore Brüning** läßt über den Gesetzentwurf der Landesregierung unter Einbeziehung der soeben beschlossenen Änderungen abstimmen.

In der **Gesamtabstimmung** wird der **Gesetzentwurf** der Landesregierung mit den zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen**.

## **2 Stand der Genehmigung der Ziel-2-Gebiete ab dem Jahr 2000**

Bericht der Landesregierung

**StS Hennerkes (MWMTV)** trägt vor:

Zur Genehmigung der Ziel-2-Gebiete ab dem Jahr 2000 möchte ich folgendes sagen: In der öffentlichen Darstellung werden immer zwei Genehmigungsverfahren miteinander vermischt, nämlich das Genehmigungsverfahren zum europäischen Beihilferecht im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" und das Genehmigungsverfahren zu den Ziel-2-Gebieten, die in unterschiedlichen Direktionen der Europäischen Kommission beschieden werden sollen.

Auch in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 9. November dieses Jahres wurden diese beiden Verfahren verwechselt. Entsprechend seiner Funktion kann Wettbewerbskommissar Monti Zeifel nur an dem Genehmigungsverfahren im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe erheben. Er ist nicht für die Genehmigung der Strukturfondsmittel für das Ziel 2 zuständig. - Die Europäische Kommission und die Bundesregierung diskutieren derzeit über die Abgrenzung der Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe. Der Bundesfinanzminister hat am 8. November dieses Jahres ein Gespräch mit seinem Kollegen Monti geführt. Das nächste Gespräch ist für den 2. Dezember dieses Jahres geplant. Ob die Kommission die von der Bundesregierung vorgelegte Abgrenzung der Fördergebiete im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsförderung" genehmigen wird, ist zur Zeit also noch unklar.

Der Vorschlag zur Ziel-2-Gebietskulisse ist in Brüssel vorgelegt und abgestimmt worden. Die Verhandlungen mit der zuständigen Generaldirektion "Regionalpolitik"